

CHRISTLICHE MINDERHEITEN VOR DER BEWÄHRUNG

Streiflichter aus Indien und Pakistan

VON KARL HEINZ PFEFFER

Es bedarf nicht allzu langer Zeit und nicht allzu großer Anstrengungen, ehe sich ein aufgeschlossener Kreis von Theologen und Laien in Genf oder unter Genfer Vorzeichen über die grundsätzlich nötige Haltung zum „Raschen sozialen Umbruch“ in unserer Gegenwart einig werden kann, wobei Christen aus allen fünf Weltteilen und aus der ganzen Breite der historischen Kirchenkörper ähnliche Grundauffassungen hegen. Es bedarf schon einer etwas größeren Anstrengung, diese Grundansichten zu konkretisieren, sie in Stellungnahmen zu aktuellen Fragen zu übersetzen, etwa zur „Bevölkerungsexplosion“ oder zur Stadtwanderung junger Gemeindeglieder, zur Schrumpfung des verwandtschaftlichen Zusammenhalts auf den Umfang der Kleinfamilie oder zur Entstehung einer Geldwirtschaft ohne ethischen Kodex, ja ohne Spielregeln. Viel mühseliger aber ist es, über den kleinen Kreis der ausgewählten und seit langem aufeinander abgestimmten ökumenischen Delegierten hinauszugehen und den Gemeinden die ökumenische Gemeinsamkeit nicht nur nahezubringen, sondern im konkreten Leben ihrer selbst zu demonstrieren.

Probleme ökumenischer Hilfsaktionen

In unseren Gemeinden wächst das Bewußtsein der ökumenischen Zusammengehörigkeit gerade auch in den Fragen der sozialen Ordnung. Wir lernen, daß wir auch selbst unsere von anderen immer wieder umstrittene Sozialstruktur überprüfen müssen. Wir achten auf soziale Modelle jenseits unserer Grenzen. Die häufige Nennung des Wortes „Entwicklungshilfe“ in unserer politischen und wirtschaftlichen Diskussion läßt uns auch auf kirchlichem Boden aufhorchen, umgekehrt weckt unser ökumenisches Bewußtsein eine zusätzliche Bereitschaft zu Hilfeleistungen an Entwicklungsländer. Die Aktion „Brot für die Welt“ findet Echo. Junge Gemeindeglieder erklären sich zum Dienst im fremden Land bereit.

In demselben Ausmaß, in dem bei uns der Horizont sich zu weiten scheint, sollten wir aber sorgfältig darauf achten, wie man in der letzten Gemeinde der Ökumene auf unser Erwachen reagiert. Die Skepsis, die uns von dort entgegenschlägt, gilt sicher nicht der ökumenischen Verbundenheit an sich. Aber wir können uns die Empfindlichkeit vieler Gemeinden gar nicht groß genug vorstellen, die unter keinen Umständen und unter keinem Vorzeichen „Objekt“ unserer Bemühungen, Gedanken oder Gefühle sein wollen. Alles was „von oben herab“

kommt, ist verdächtig, wenn es auch noch so stürmisch und mit noch so gutem Willen angeboten wird, — Rat und Zuspruch, materielle Hilfe und technische Unterstützung, Entsendung von Menschen oder Einladung zum Besuch in unserem Lande. Selbst viele Hilfe, die notgedrungen oder aus kühler Einsicht angenommen wird, macht nicht wirklich froh, weil der Empfänger sich über den Geist, in dem sie gegeben wurde, nicht ganz klar ist.

Eine Überwindung dieser Schwierigkeiten liegt zum großen Teil nicht in unserer Hand. Wir können uns wohl bemühen, aber die eigentliche Erklärung läßt sich nur theologisch geben. Auch unser ökumenischer Perfektionismus findet rasch seine Grenzen, und man spürt in jeder Gemeinde auf der Erde — auch bei uns selbst —, wenn etwas an unserer Haltung nicht in Ordnung ist.

Auf einer flacheren Ebene aber können unsere Bemühungen wohl leichter überprüft und damit auch anderen gegenüber glaubhafter werden, wenn wir nicht nur das tun und denken, was wir für richtig halten, sondern immerfort auf den anderen hören. Da nun nicht jeder in der Lage ist, persönlich auf die Stimme einer fernen Gemeinde zu lauschen, sollte jeder, dem das vergönnt ist, berichten, nicht um damit Rezepte zur Meinungsbildung zu geben, sondern um unmittelbare Erfahrungen vorzutragen, die uns allen vielleicht weiterhelfen.

In dieser Absicht seien persönliche Eindrücke aus Indien und Pakistan wiedergegeben. Sie sollen also nicht ein Urteil über unsere Brüder in diesem Subkontinent darstellen oder begründen, sondern uns zum Denken und Empfinden auf gemeinsamer Bahn anregen. Daß gerade Indien und mehr noch Pakistan herausgegriffen werden, liegt nur am zufälligen Bereich der persönlichen Erfahrungen, man könnte auch Gemeinden aus anderen Teilen der Erde als Beispiel anführen.

Soziale Unterschiede zwischen ausländischen und einheimischen Christen

In vielen Gemeinden des indo-pakistanischen Subkontinents sind die sozialen Auswirkungen der neueren Missionsgeschichte bis heute spürbar. (Das ist nicht der Fall in den altchristlichen Gemeinden Südindiens, die also ausdrücklich ausgenommen werden müssen.) Die neuere Missionsgeschichte des Subkontinents war vor allem durch die soziale Überlegenheit der Europäer gekennzeichnet. Die Offiziere und Beamten Britisch-Indiens kamen aus einer „christlichen Nation“, ebenso die fremden Kaufleute. Ihre soziale Stellung war der Masse der Bevölkerung unerreichbar fern, vielen Landeseinwohnern galt sie zudem nicht einmal als erstrebenswert. Das Christentum erschien also in vielen Augen als die Religion der fremden Herrscherschicht.

Nun sind die Herrscher fortgegangen. Aber noch immer findet sich die Meinung, daß die Fremden wesentlich christliche Auffassungen vertreten, womit dann

oft zugleich gemeint wird, daß christliche Auffassungen fremd sind. Die Rolle, die gestern von Beamten und Offizieren gespielt wurde, ist heute durch technische Berater übernommen worden, deren Gehälter ebenso hoch über dem Landesdurchschnitt liegen wie früher die der britischen Beamten. Nicht mehr nur Großbritannien vertritt durch seine Menschen den „christlichen Westen“, sondern viele andere Länder haben zahlreiche Personen nach Indien und Pakistan entsandt, oft nehmen Bürger der USA einen ähnlichen Platz ein wie früher Engländer und Schotten.

So gibt es in den christlichen Gemeinden des Subkontinents überall eine „Oberschicht“, deren Lebenshaltung ganz andere Züge trägt als das Leben der Landesbewohner. Man meint gelegentlich, sie vertrete christliche Nationen, sieht freilich oft, wie gleichgültig sie dem kirchlichen Leben gegenüber ist. Die Oberschicht versucht allenfalls, kleine Fremdenkirchen zu bilden, die häufig einfach Instrumente der Selbstbewahrung in einer andersartigen Umgebung zu sein scheinen. Dann gehört der Kirchgang zu den gesellschaftlichen Verpflichtungen des „weißen Mannes“ (es ist nicht mehr oft der Fall, aber kommt noch vor!). Einige Personen aus diesen Fremdenkirchen interessieren sich wohl für die Gesamtkirche des Landes, aber ihr Interesse wird oft als Neugier oder als Wunsch zur kränkenden Gängelei empfunden.

Die Mehrzahl der Gemeindeglieder außerhalb der erwähnten, vornehmlich südindischen, Kirchen kommt aus den untersten sozialen Schichten. Die Mission hatte bei den Hindus der höheren Kasten und bei den Moslems große Schwierigkeiten, dagegen erzielte sie regelrechte Einbrüche bei den „Unberührbaren“, wie man die aus der sozialen Anerkennung des Kastensystems Ausgeschlossenen früher nannte. Bei diesen Ärmsten der Armen setzte auch eine eigene Evangelisationsbewegung ein, sie trugen selbst das Evangelium weiter in ihrer Schicht. Diese Schicht war zur Zeit ihrer Bekehrung und noch lange nachher vornehmlich mit den „schmutzigen“ Arbeiten und mit persönlichen Diensten beschäftigt. Noch heute bezieht eine große Zahl von Gemeindegliedern ihr Einkommen aus der Müllabfuhr, der Entleerung der Nachtstühle, der Reinigung der Häuser und Straßen, der Kadaverbeseitigung, dem Dienst im fremden Haushalt, der landlosen Landarbeit oder der Kleinstpacht. Außerhalb des Kirchgangs, soweit selbst diese Begegnung nicht schon durch Sprachschwierigkeiten unmöglich ist, gibt es keine sozialen Zusammenkünfte zwischen dieser Masse der Gemeindeglieder und der „fremden“ Oberschicht. Allenfalls wird die Masse als Objekt von Wohltätigkeit oder Ermahnung betrachtet, auch sie selbst fühlt sich für die anderen nicht verantwortlich, deren Alltag in Arbeit und Familie ihr völlig unverständlich ist. Die Kluft, die sich so durch die Kirchen Indiens und Pakistans zieht, spaltet nur selten eine Gemeinde, sie trennt vielmehr die Gemeinden voneinander, indem die Fremden nach eigener Gemeindebildung streben. Innerhalb

der Ortsgemeinden bilden sich oft zwei getrennte Gemeindeglieder um die Besucher des Gottesdienstes in englischer Sprache und andererseits diejenigen, die einen Gottesdienst in der jeweiligen Landessprache vorziehen.

Eine Brücke zwischen den beiden Extremen könnten diejenigen Personen oder Familien bilden, die durch Leistung oder Glück in einer oder mehreren Generationen zu Wohlstand und wichtigen Stellungen aufgestiegen sind. Ihre Zahl ist jedoch nicht groß genug. Ebenso könnte sich eine vermittelnde Gruppe aus denjenigen bilden, die einzeln vom Islam oder aus einer höheren Hindukaste zum Christentum übergetreten sind. Ihre Zahl ist vielleicht noch geringer.

Schwierige Stellung der Missionare

So bleiben als gegebene Vermittler die Missionare selbst. Ihre Lebensführung ist sehr bescheiden im Vergleich zur Existenz der Vertreter der ausländischen Wirtschaft oder Wissenschaft oder fremder Staaten und internationaler Organisationen. Sie beherrschen die Landessprache, sind also nicht an den englischsprachigen Gottesdienst gebunden. Sie haben in langer Erfahrung die Sitten des Landes kennengelernt und Freunde unter den armen „Sweepers“ der Gemeindeglieder gewonnen.

Aber das Wort „Missionar“ wird heute nicht gern gehört. In Indien erhebt die Regierung Einwände gegen die Neueinreise ausländischer Missionare, in Pakistan erwarten die einheimischen Gemeinden, daß sich die Missionare den landeseigenen Kirchen einordnen, was jetzt auch die Vertreter aller Missionskörperschaften getan haben. Die Missionare alter Art, Sendboten des Evangeliums aus fremdem Land, sind sozusagen nur „noch“ da. Schon wegen der Kurzfristigkeit ihres Sonderauftrags, der beendet sein soll, wenn die „Jungen Kirchen“ eine ausreichende Zahl gutausgebildeter Geistlicher haben, scheuen sie sich vor Einschaltung in eine strukturelle Spannung.

Sie haben zudem gerade bei der Oberschicht Schwierigkeiten, Gehör zu finden. Schon in Europa oder in Amerika hört nicht jeder gut verdienende und hochgestellte Mann gern auf den Pastor. Auf einem vorübergehenden Auslandsposten glaubt man oft, den sozialen Verpflichtungen der Gemeindegliederzugehörigkeit noch leichter ausweichen zu können. Gerade weil die Missionare den armen Sweepers näherstehen, müssen sie sich von der Oberschicht mehr entfernen. (Das erkennt man deutlich an gesellschaftlichen Gewohnheiten wie z. B. der Ablehnung eines alkoholhaltigen Getränkes.)

So ist also die soziale Gewichtsverteilung in den Gemeinden einseitig, und die Missionare haben die Gegensätze nicht überbrücken können. Es gibt Gemeinden der sehr armen Leute (oft sind sie schon an den Gesichtszügen und anderen

Merkmale ihrer körperlichen Erscheinung als Angehörige der Unterschicht zu erkennen) und wohlhabende Fremdgemeinden. Die Theologie der Missionare bleibt persönlich und kann nicht in soziale Forderungen übersetzt werden, weil sie dann nach der einen oder anderen Seite hin Anstoß erregen müßte. So gibt es, sozial gesehen, keine alle verpflichtende Norm. Die Kirche ist Klassenkirche — Kirche der Oberklasse oder Kirche der Unterklasse. Wenn man in Deutschland gelegentlich fürchten muß, das Kleinbürgertum überwiege in unseren Gemeinden, so fehlt in Indien und Pakistan gerade die mittlere Schicht in der Kirche — in Pakistan besonders ist zudem diese Mittelschicht auch in der gesamten Gesellschaft unverhältnismäßig schwach. Träger des ökumenischen Gesprächs von uns aus sind jedoch gerade Menschen aus unserer „Mittelschicht“. Eine zusätzliche Schranke der sozialen Fremdheit erhebt sich vor ihnen — hinter den Schranken der Sprache oder Überlieferung. Sie müssen gründlich umdenken, ehe sie sich einem armen Sweeper oder einem reichen UNO-Experten aus den USA verständlich machen können, ehe sie das Denken und Fühlen der landlosen Landarbeiter oder der Manager großer Rückversicherungsgesellschaften und Banken verstehen können.

Patriarchalische Gemeindestruktur versagt im wirtschaftlichen Umschichtungsprozeß

Neben die horizontale Spaltung der Gemeinden tritt eine vertikale Gliederung zwischen Stadt und Land. Die Missionare hatten es leichter in den Dörfern, wo überschaubare Gemeinden um die Kirche gesammelt werden konnten. In den Großstädten Indiens und Pakistans tauchen zusätzlich zu den örtlichen Schwierigkeiten die gleichen Nöte auf, die jede kirchliche Tätigkeit in einer großen Stadt erschweren. Dabei geht es nicht nur um sachliche Faktoren wie die Entfernung in einer verkehrsmittelarmen, weit ausgedehnten Wohnsiedlung oder um die Inanspruchnahme des Menschen durch die Tagesarbeit bis zur Erschöpfung, auch nicht nur um die Reize der Großstadt, die in manchen Fällen besonders die alleinstehende Person der Gemeinde entfremden können — Versuchungen zum Laster und zum Müßiggang oder Ablenkungen wie das Kino —, sondern es geht vor allem auch darum, daß viele Missionare und einheimische Pfarrer selbst der Großstadt ganz hilflos gegenüberstehen. In den Großstädten Indiens haben sich einige christliche Einrichtungen der europäischen und amerikanischen Großstädte rasch einen guten Namen geschaffen, besonders die Heilsarmee oder die Vereine junger Männer und Mädchen (YMCA und YWCA). Aber in den Gemeinden sammeln sich am ehesten Menschen, die in der städtischen Umgebung ihr dörfliches Dasein fortführen wollen, um Prediger, die an den dörflichen Sittenkodex allein gewöhnt sind. Die Gemeinden sind daher in ihrem Wesen noch patriarchalisch. Es sind Pastorengemeinden und nicht Gemeinden aktiver Laien. Dem

widerspricht nicht die Tatsache, daß die Gemeindeältesten über viel Einfluß verfügen. Die Presbyter ergänzen und verstärken ja nur die patriarchalische Macht des Pastors oder sie delegieren ihm geradezu ihre Macht. Es gibt Frauen- und Jugendgruppen — immer unter der Aufsicht der Geistlichen und der Ältesten.

Gerade in die Stadt aber strömt aus den übervölkerten Dörfern das aktive und Freiheit suchende Element der Jugend — es sucht auch Freiheit durch wirtschaftlichen Erfolg. Die Stadtwanderer werden als Objekte der Betreuung betrachtet, man will sie vor Gefahren der Großstadt hüten — man erkennt ihren Weg zur Stadt nicht als positive Entscheidung an. Die Ältesten, durchweg Angehörige christlicher Honoratiorendynastien (immer wieder tauchen die gleichen Familiennamen auf), und die Pastoren lassen sich das Heft in den Gemeinden nicht aus der Hand nehmen. Sie sind an patriarchalische Zustände gewöhnt und wünschen keine Änderung. Die jüngeren Gemeindeglieder sind nur selten zu Auseinandersetzungen bereit, im allgemeinen resignieren sie, noch öfter entfremden sie sich dem kirchlichen Leben.

Die Kirchen des Subkontinents haben sich im allgemeinen noch nicht mit der Tatsache abgefunden, daß gerade die Dorf-Armen — dazu gehören eben viele Christen — die Chance des Aufstiegs in der Stadt gern ergreifen. Die Übervölkerung der indischen und pakistanischen Dörfer ist sprichwörtlich. Trotzdem bedauern viele führende Männer der Kirche die Abwanderung von Christen aus den Dörfern. Die Kirche besitzt noch nicht das geistige Rüstzeug, das in der großen Stadt oder in der Industriesiedlung nötig ist, sie bangt um ihre Schäflein. Die Kirchen in Indien und Pakistan gehören damit zu den konservativen Kräften, während in den beiden Staaten alle fortschrittlichen Elemente nach Industrialisierung, Entlastung der Dörfer, Aufbau einer modernen Wirtschaft und damit nach der Verstärkung des städtischen Bevölkerungsanteils streben.

Von außen her erscheint diese Haltung paradox. Gerade die christlichen Sendboten aus anderen Erdteilen haben die Vorzüge moderner Lebenstechniken nicht nur angepriesen, sondern auch durch ihr eigenes Beispiel gezeigt. Sollten sie heute nicht wünschen, daß die aktiven jungen Christen nach Freiheit, wirtschaftlichem Aufstieg und technischen Verbesserungen streben? Vertrauen sie nicht darauf, daß ihre Sache sich auch außerhalb der überlieferten Formen des dörflichen Patriarchalismus durchsetzen wird? Gibt es keine kirchliche Heimat für Menschen, die persönlich die städtische Freiheit einer vom Lande mitgebrachten Unfreiheit vorziehen? Muß denn Stadtwanderung zugleich Entfremdung von der Gemeinde bedeuten?

Gewiß, Indien und Pakistan sind Bauernländer. Ihre Zukunft jedoch hängt davon ab, daß sie nicht Bauernländer bleiben. Steht die Kirche auf der Seite der Zukunft? Hat sie die Kraft, in dieser Zukunft zu leben?

Traditionelle Dienste der Kirchen in Krankenhäusern und Schulen bedürfen der Wandlung

Mit dem ländlichen Patriarchalismus und der sozialen Gliederung der Gemeinden hängt es zusammen, daß kirchliche Tätigkeit, sobald sie über Gottesdienst und Seelsorge hinausgeht, in erster Linie Krankenhäuser und Schulen umfaßt.

Die christlichen Spitäler sind Quellen des Segens in Indien und Pakistan. Ausländer und wohlhabende Landesbewohner suchen sie auf, weil man sich auf ihre Ärzte verlassen kann und weil ihre Hygiene so einwandfrei ist, wie man das unter örtlichen Bedingungen nur erwarten könnte. Arme Leute finden sich ein, weil ihnen hier nicht viel oder gar kein Geld abgenommen wird und weil sie gut versorgt werden. Bei den blutigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen, ob es sich um Kämpfe zwischen Hindus und Moslems oder um andere Streitigkeiten handelte, haben die Ärzte und Schwestern jedem nach Kräften geholfen, der vor ihrer Türe lag.

Aber Indien und Pakistan verlassen langsam die Epoche, in der ein Armenspital das Richtige war und in der allenfalls ein Arzt als Berater zum reichen Mann gehörte. Der Staat baut in beiden Ländern ein umfassendes Gesundheitswesen auf. Langsam erwartet man von den Ärzten, daß sie über die kurative Hilfe hinausgehen und der Nation zu einem durchgehenden Gesundungsprozeß verhelfen. Es geht um Alkohol und Opium, um Seuchen und Infektionskrankheiten, um Unterernährung und Mangelkrankheiten, um Desinfektion und Malariaabekämpfung, um die Überwindung der Wohnungsnot und um Geburtenbeschränkung. Die Notverbandsstellen der christlichen Krankenhäuser können all diese Aufgaben nicht leisten. Entweder bleiben die Aufgaben unerledigt liegen, oder andere Instanzen nehmen sich ihrer an, überrunden dabei sozusagen die Missionsspitäler, die früher ein Monopol als Heimstätten der abendländischen Medizin besaßen.

Wenn christliche Ärzte und Krankenhäuser die großen Aufgaben des Volksgesundheitswesens in Angriff nehmen wollen, benötigen sie ein Vielfaches der bisherigen Mittel. Außerdem müssen sie sich dann in die große Front der öffentlichen Gesundheitspflege einschalten. Sobald sie nur eine Anstalt unter anderen werden, läßt sich ihr Lebensrecht als besondere christliche Krankenhäuser anzweifeln, denn nur eine Minderheit der Patienten ist ja christlich, so daß ein Argument über die christliche Atmosphäre des gesamten Hauses nicht vorgebracht werden kann. Der Vorgang ähnelt früheren Entwicklungen in europäischen Ländern: Die freiwillige Wohlfahrt muß ihre Positionen neu durchdenken, wenn einmal der Staat sich seiner Wohlfahrtspflichten bewußt wird.

Jedenfalls kann aus Pakistan ganz empirisch berichtet werden, daß keineswegs Lambarene das Richtbild für die Krankenhäuser des Landes abgibt, sondern daß

Ärztedelegationen mit besonderem Interesse das öffentliche Gesundheitswesen der Sowjetunion studieren und z. B. von der Tatsache beeindruckt sind, daß dort jede Frau von einem bestimmten Alter an alljährlich verpflichtet ist, eine gynäkologische Untersuchung vornehmen zu lassen, damit rechtzeitig und vorbeugend Erkrankungen bekämpft werden können. Das Erwachen eines öffentlichen Interesses bedeutet natürlich noch nicht, daß in der Praxis alle Folgerungen gezogen werden. Aber man legt doch einen anderen Maßstab als früher an die Ärzte und Krankenhäuser an. Wenn der Staat auch auf dem Lande Mütterberatungsstellen einrichtet, die sowohl eine Allgemeinbehandlung bieten als auch besonders für Geburtenbeschränkung sorgen sollen, dann verschiebt sich der Einfluß des Missionskrankenhauses ebenso, wie wenn die reichsten Leute der Großstädte entweder staatliche Krankenhäuser aufsuchen oder zu landeseigenen Privatärzten gehen.

Die christlichen Schulen stehen einem ähnlichen Wechsel der Zustände gegenüber. Es gab einmal eine Zeit, in der nur über sie ein Weg zur Bildung im westlichen Sinne führte. Diese Zeit ist vorbei. Es wird nicht mehr lange dauern, bevor in Indien und Pakistan die allgemeine Schulpflicht gesetzlich verkündet und praktisch durchgeführt wird. Schon heute bietet der Staat Schulumöglichkeiten aller Stufen. Es bedarf nicht mehr der Kirche, wenn arme Kinder eine Chance erhalten wollen. Vielmehr sind auch die Schulen der Kirchen heute gezwungen, den großen Andrang zu bremsen und viele auf die Einschulung wartende Kinder abzuweisen. Man mag daraus die Folgerung ziehen, daß die Kirchen ihre Anstrengungen vergrößern sollten. Sie werden aber niemals in der Lage sein, anstelle des Staates das echte Schulbedürfnis zu befriedigen. Man kann daher auch die umgekehrte Folgerung ziehen, daß nämlich die Kirche dem Staat nicht die von ihm beanspruchte Verantwortung abnehmen solle. Die christlichen Schulen Indiens und Pakistans sind ja bis jetzt keineswegs nur, oft nicht einmal in erster Linie, für christliche Kinder da. Wenn der Staat seine modernen Pflichten übernimmt und allen Bürgern Möglichkeiten zur Ausbildung ihrer Kinder öffnet, warum sollte man ihm dann noch im Wege stehen?

Es wird mit Recht gesagt, daß nur in christlichen Anstalten ausreichende Stipendien für arme Christen zur Verfügung stehen. Aber muß man um dieser Stipendien willen ganze Anstalten erhalten? Könnte man nicht die Mittel in einem Stipendienfonds zusammenfassen, aus dem dann auch der Besuch öffentlicher Schulen finanziert werden könnte?

Die Geistlichen und die Gemeindeältesten scheuen vor so realistischen Überlegungen scharf zurück. Sie sind daran gewöhnt, daß die christlichen Schulen zu den besonders hochgeschätzten Einrichtungen der Kirche gehören, sie können sich eine kirchliche Existenz ohne sie gar nicht vorstellen.

Dabei sollte eine Überprüfung dieser Position tiefer einsetzen als nur bei der Tatsache der staatlichen Konkurrenz. Das Bildungsideal, dem die von den Missionaren gegründeten Schulen nachstreben, war humanistisch. Da jedoch nur in seltenen Fällen das humanistische Ziel wirklich erreicht wurde, schon weil der gesamte Unterricht in einer Fremdsprache — dem Englischen — vor sich ging, bildeten die Schulen faktisch in erster Linie Beamte und Schreiber aus, die früher den britischen Beherrschern des ganzen Landes gut zur Hand gingen, heute jedoch überzählig auf dem Arbeitsmarkt eines Landes sind, in dem das akademische Proletariat ein schwieriges Problem darstellt. Die christlichen Schulen ordnen sich durchweg den schulpolitischen Forderungen der Erziehungsministerien unter, und die Lehrpläne sind durchweg an das alte Ausbildungsideal der Stehkragenberufe gebunden. Die christlichen Schulen haben sich, indem sie sich dem Staat unterstellten und die Hoffnung der Schüler und Eltern auf Berechtigungsscheine zu befriedigen versuchen, der Freiheit begeben, von sich aus Pionierdienste in geistiges Neuland zu leisten. Sie unterscheiden sich also kaum noch von den allgemeinen Schulen. Woher nehmen sie dann noch ihr Lebensrecht? Wohl arbeiten in ihnen noch einige besonders tüchtige Lehrer aus dem Ausland, aber sie können kaum überdurchschnittliche Lehrer aus dem Lande selbst gewinnen. So müssen sie mit weniger guten einheimischen Lehrern vorlieb nehmen. Ihr Ansehen sinkt. Missionarisch können sie zudem schon gar nicht wirken, denn jeder Bekehrungsversuch bei denjenigen Schülern, die aus einem nichtchristlichen Elternhaus kommen, würde den Protest der Öffentlichkeit und des Staates auf den Plan rufen. Und die Mehrzahl der Schüler kommt eben aus einem nichtchristlichen Elternhaus.

Das Land braucht vielleicht ein ganz anderes Schulsystem, wenn es auch noch so hartnäckig an der Tradition aus der britischen Zeit festhält. Es hängt mit dem Konservativismus und der eigentümlichen Sozialstruktur der christlichen Gemeinden zusammen, daß die Christen nicht einen Durchbruch nach vorn wagen, daß sie vielleicht oft das Problem gar nicht sehen. Wenn Indien und Pakistan morgen tiefer in den angestrebten Prozeß der Industrialisierung hineingezogen sein werden, dann wird es an Facharbeitern und Technikern mangeln — viel mehr als an abendländisch erzogenen Diplomingenieuren. Keine Schule sorgt bis jetzt für diesen künftigen Mangel. Es gibt auch kaum einen Ort im Subkontinent, wo die Christen in einer Erwachsenenbildungsbewegung vorangingen, die auf dem Weg der Selbsthilfe den Analphabetismus überwinden könnte. Afrika wäre ein Vorbild für Indien und Pakistan in dieser Hinsicht. Dort unterrichten Beamte in ihrer Freizeit, und Männer und Frauen aller Altersstufen hören, unter einem Baum sitzend, eifrig zu. Hier wartet man dagegen auf den Bau eines angemessenen Schulhauses und auf einen diplomierten Lehrer, der sich an einen von oben vor-

geschriebenen Lehrplan hält. Die Christen besitzen nicht die innere Freiheit, unter Verzicht auf allen äußeren Apparat unter freiem Himmel das zu lehren und zu lernen, was nötig ist. Die Schulen sind wie die Krankenhäuser ein Stück des erworbenen Besitzes, den man ängstlich hütet. Sie entsprechen der patriarchalischen Haltung und dem Klassencharakter der Gemeinden. Sie verstärken sogar noch die Unbeweglichkeit, indem sie sich als erhaltenswertes Gut der Aufmerksamkeit aufdrängen.

Herkömmliche Aufgaben der Kirchen gehen an den Staat über

Am Beispiel der Krankenhäuser und Schulen läßt sich besonders deutlich erkennen, was auf vielen Lebensgebieten vor sich geht. Das kirchliche Monopol in bestimmten Sozialleistungen bröckelt. Der Staat beginnt, das für alle zu leisten, was die Kirchen früher für eine Minderheit leisten konnten. Damit beginnt der Staat natürlich auch, bestimmte Dienste der Kirchen als entbehrlich zu empfinden. Der moderne Staat drängt überall in der Welt auf dem Gebiet der Erziehung, der Gesundheitspflege, der Wohlfahrt vor. Er wird über kurz oder lang Konkurrenten einzuengen versuchen. Die Kirchen haben in Pakistan und Indien im allgemeinen den Schutz der früheren Herrscher genossen und ihre Institutionen in der britischen Zeit aufbauen können. Wenn auch vielerorts die neuen Staaten an den früheren Grundsätzen festhalten — das islamische Pakistan gewährt den Kirchen in mancher Hinsicht sogar mehr Möglichkeiten als früher das christliche England —, so wehrt sich doch bald das Selbstbewußtsein der Beamten und der politisch wachen Schichten gegen die Überlassung öffentlicher Aufgaben an die Kirchen. Die Übernahme der von Religionsgemeinschaften geführten Schulen durch den ceylonesischen Staat zeigt deutlich, was hier und da zu erwarten ist. Das staatliche Erziehungsmonopol ist ja schließlich nicht nur ein Grundsatz der ceylonesischen Politik, und es ist sachlich falsch, wenn man von „buddhistischer Intoleranz“ spricht, als gebe es nicht auch Schulkämpfe dieser Art in Belgien und anderswo.

Die christliche Minderheit ist, oft gerade wegen ihrer eigenartigen Sozialstruktur, in Indien und Pakistan von den oft blutigen Auseinandersetzungen zwischen Religionsgemeinschaften verschont geblieben. In der Zeit der schlimmsten Unruhen war ein Kreuzeszeichen auf der Kleidung oder ein christlicher Name ein gewisser Schutz. Das heißt aber nicht, daß den Kirchen ein privilegiertes Gelände der Betätigung auch dann vorbehalten bleibt, wenn der Staat ganz allgemein aktiver und umfassender wird. Die Kirchen haben einerseits den britischen Schutz, andererseits die Freiheit einer vielfältig gegliederten Gesellschaft genossen. Der Schutz ist verschwunden, an seine Stelle ist der indische

Wunsch nach einem grundsätzlich über den Streit der Religionsgemeinschaften erhabenen Staat getreten, in Pakistan die planmäßige Ritterlichkeit des islamischen Staates gegenüber den Minderheiten, die der Präsident selbst vorbildlich nicht nur den Christen, sondern auch den Parsen, Buddhisten usw. zeigt. Wenn also auch die beiden Staaten den Bereich der Kirchen anerkennen, so heißt das nicht, daß sie kritiklos ihre öffentliche Betätigung hinnehmen. Außerdem muß man da noch unterscheiden zwischen der Haltung der Regierung und der eines militanten Teils der Öffentlichkeit.

Mangelnde Öffentlichkeitsverantwortung der Christen

Die Christen ziehen aus der Tatsache, daß sie eine Minderheit sind, oft die merkwürdige Folgerung, daß sie sich deshalb nicht verantwortlich um alle öffentlichen Dinge kümmern müßten. Sie können aber nicht weiter den Anspruch auf Betätigungsfreiheit in Schulen, Krankenhäusern und der Wohlfahrtspflege stellen, wenn sie sich auf anderen Lebensgebieten von der Allgemeinheit isolieren. Sie sind fast übermäßig stark mit den Angelegenheiten der eigenen kleinen Gemeinden und Kirchenkörper beschäftigt, und sie vertreten nach wie vor die unpolitische Haltung, die ihnen unter dem Schutz des britischen Vizekönigs angemessen schien, besonders wenn es sich um arme Sweepers handelte. In Indien und Pakistan bestehen jedoch, wenn auch in ganz verschiedener Form, mächtige demokratische Strömungen, und die Regierungen der beiden Staaten wünschen eine demokratische Integration der verschiedenen Bevölkerungsteile. Es ist also nötig, daß die Christen sich ihrer Pflichten als verantwortliche Staatsbürger bewußt werden, wenn sie nicht das Ansehen ihrer Kirchen vor der Öffentlichkeit und vor der Regierung schädigen wollen. Es geht nicht mehr mit dem Rückzug aus der Politik.

Es versteht sich von selbst, daß mit dieser Forderung nicht eine Konfessionspolitik gemeint ist oder gar eine Mobilisierung der Massen von den Kanzeln herab, wie sie im südindischen Kerala einmal vor sich zu gehen schien. Was mit der verantwortlichen Staatsbürgerschaft des Christen wirklich gemeint ist, haben ökumenische Arbeitsgruppen oft genug erläutert. Die Christen des Subkontinents werden mehr als bisher am öffentlichen Leben ihrer Staaten teilnehmen müssen, wenn sie für ihre Kirchen einen Platz behalten wollen. Sie bemühen sich um Befreiung von dem Vermächtnis der fremden Bindungen. Diese Befreiung ist bei den Nachfahren europäischer Väter und indischer Mütter besonders schmerzhaft, bei den Anglo-Indern oder Anglo-Pakistanis. Andererseits bemühen sie sich darum, aus der Servilität der erblich Ausgestoßenen, aus der Sweeper-Haltung, herauszukommen.

Trotz aller Bemühungen haben sie bis jetzt ihren Ort als Minderheit in den beiden Großnationen noch nicht klar bestimmt. Es ist überhaupt die Frage, ob sie sich das Etikett der Minderheit aufdrücken lassen und nicht vielmehr Bürger ihres Landes wie alle anderen zu sein versuchen sollten, wobei nur jeder von ihnen Träger des Evangeliums ist. Korporative Vorrechte oder Schutzzäune gefährden vielleicht gerade die Strahlkraft dessen, was die Gemeinde allein auszeichnen sollte. Im übrigen ist es ja nicht so, daß geschlossene Mehrheiten der christlichen Minderheit gegenüberstünden. Indien ist in seinen Religionsgemeinschaften so vielfältig wie je, und auch noch nach der Gründung Pakistans leben viel mehr Moslems in Indien als in einem der arabischen Staaten. In Pakistan selbst gibt es eine bunte Reihe von Spielarten des Islams. In beiden Staaten lassen sich innerhalb aller Religionsgemeinschaften alle Varianten vom dumpfen Aberglauben über starre Orthodoxie bis zu nahezu völliger Säkularisation feststellen. Die Gemeinde Christi sollte in dieser bunten Welt das sein, was sie immer sein sollte: das Salz der Erde — nicht aber eine verschüchtert in der Ecke stehende, sich bei der Obrigkeit für die Anerkennung ihres Lebensrechts bedankende Minderheit.

Ungeklärtes Verhältnis zu den anderen Religionen

Eine christliche Standortsbestimmung in den neuen Staaten setzt natürlich voraus, daß man sich auch theologisch sehr über die Positionen klar wird. Die Jerusalemer Konsultation im Sommer 1960, in der sich Persönlichkeiten der im Ökumenischen Rat zusammengeschlossenen Kirchen um das Verhältnis zum Islam bemühten, hat in Pakistan viel Beachtung gefunden. Von einer pakistani-schen Kanzel wurde 1960 gepredigt: „Wenn man überzeugt ist, daß der Glaube an Christus die letzte und endgültige Wahrheit ist und daß nur er zur letzten und endgültigen Erlösung führt, dann heißt das noch nicht notwendig, daß vor Gottes Auge Christen einen Vorzugsplatz anderen gegenüber haben . . . Es ist einfach nicht annehmbar, daß unser Glaube dann unterminiert wird, wenn Gott unseren Nächsten rettet, oder wenn unsere Chancen, ins Himmelreich zu kommen, davon abhängen, daß andere nicht hineingelangen, so daß wir schließlich Interessenten an der Verdammnis anderer sind.“ Weder in Pakistan noch in Indien haben die Gemeinden ihre Stellung zu den Brüdern und Schwestern geklärt, die sich zu anderen Glaubensinhalten bekennen. Das ist natürlich in erster Linie eine Aufgabe der Theologie, aber die Nichterfüllung der Aufgabe hat politisch-soziale Auswirkungen. Eine Minderheit, die von der Verdammnis der Mehrheit ihrer Mitbürger überzeugt ist, wird es sehr schwer haben, sich zu behaupten. Ist sie davon überzeugt? Hier liegt allgemein ein Nebel von Unklarheiten.

Weltgeschichtliche Umwälzungen erfordern gemeinsame Neubesinnung der Christenheit

Indien und Pakistan stehen in oder vor Umwälzungen, die man im Wortsinn „Revolutionen“ nennen kann. Die Christen der beiden Staaten aber halten sich ängstlich von „revolutionären“ Bewegungen oder Gedanken fern. Eine Revolution war das Ende der britischen Herrschaft und der Aufstieg einer einheimischen Führungsschicht. Eine Revolution war in Pakistan der Auszug der durchweg aus Hindus und Sikhs bestehenden Mittelklasse und ihre Ersetzung durch neu zum Handel oder den akademischen Berufen gekommene Moslems. Eine Revolution ist die Landschenkungsbewegung Vinoba Bhaves in Indien. Revolutionär ist die Militärherrschaft in Pakistan und ihr Versuch zur „Demokratie von unten her“. Revolutionär ist die Modernisierung der beiden Länder, die Emanzipation ihrer Frauen, die Stadtwanderung ihrer Bauern, der Aufbau von Industrien, die Gewöhnung an moderne Konsumgüter, die Hinwendung zur Familienplanung. Revolutionär ist auch die „afro-asiatische“ Außenpolitik, die von beiden Staaten seit der Konferenz von Bandung 1955 betrieben wird.

Diese Symptome des großen Wandels berühren nur die Oberfläche der Geschichte. In der Tiefe erwacht hier ein Teil der Menschheit, der einen Raum von der Größe eines Kontinents bewohnt, zum Selbstbewußtsein und zum Stolz auf die eigene Tradition, zugleich zum Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben auch in materieller Hinsicht.

Die Christen dieser Länder dagegen sind durchweg konservativ, ländlich, patriarchalisch, hochfahrend oder servil, sie hängen an den gewohnten Praktiken und Einrichtungen. Sie stehen vor großen Schwierigkeiten, wenn sie nicht verantwortlich zu den revolutionären Vorgängen Stellung nehmen, wenn sie als Gruppe gegen den Strom zu schwimmen versuchen.

Nun hat die Christenheit in anderen Ländern eine Mitverantwortung für alles, was in Indien und Pakistan geschieht. Die dortigen Gemeinden haben ja nicht allein zu ihrer heutigen Position gefunden, sondern sie sind gelenkt und beraten worden. Wer aus der Fremde die heutige Stellung der Kirchen in Indien und Pakistan nur bestätigen will, sollte sich darüber klar sein, daß er dann mitverantwortlich für alle Schwierigkeiten wird, die sich daraus ergeben. Niemand hilft seinen Brüdern und Schwestern dadurch, daß er ihnen schmeichelt und alles für gut befindet. Schon im Begriff der „Jungen Kirchen“ steckt ein Kompliment, das keineswegs immer mit der Wirklichkeit übereinstimmt, es mag sich um sehr wenig „junge“ Positionen in Gemeinden und Kirchen handeln, die heute ohne ausländische Mitwirkung ihren Weg zu finden versuchen.

Es käme also weniger darauf an, den geistlichen und kirchlichen Status quo mit all seinen Schwächen und Nöten zu bestätigen, als vielmehr diese Schwächen

und Nöte mitzuleiden. Wo immer in der Ökumene mit ähnlichen Schwierigkeiten gerungen wird, da geht es auch um die Zukunft der Kirche in Indien und Pakistan. Die wichtigste ökumenische Hilfe wird darin bestehen, daß man die Kirchen in den einzelnen Ländern nicht allein läßt, sondern mit ihnen teilt, was man hat, auch was man an Einsicht in die Forderung unserer Zeit hat. Überall in den Gemeinden des Subkontinents werden Menschen mitgehen, wenn sie spüren, daß der Ruf zum Ausbruch aus ökumenischer Brüderlichkeit, aus echtem Verständnis der Dinge und aus der Verantwortung im gemeinsamen Glauben erfolgt. Sie werden nicht mitgehen, wenn man Babysprache mit ihnen redet oder wenn man sie anherrscht und andoziert.

Jede der Nöte, die in Indien und Pakistan zu finden sind, gibt es auch bei uns. Man scheut sich fast, mit dem Finger auf die Parallelen hinzuweisen. Aber die Gemeinsamkeit der Not ist vielleicht ein Unterpfand für die Gemeinsamkeit der Rettung.

DIE EINHEIT DER KIRCHE NACH DEM NEUEN TESTAMENT

VON LESSLIE NEWBIGIN

Die Frage nach der recht verstandenen Einheit der Kirche ist durch den Entwurf, den die Kommission für Faith and Order dem Zentralauschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen im Blick auf ihre eigene Zukunft vorgelegt hat, ganz besonders dringend geworden. Der Entwurf fordert u. a., daß der Weltrat sehr viel klarer als bisher zu sagen versucht, welche Art von sichtbarer Einheit der Christen er verwirklicht sehen möchte. Wenn dieser Versuch gemacht wird, dürfte er zu einem Markstein in der Geschichte der ökumenischen Bewegung werden. Daß diese Frage überhaupt gestellt wird, ist von größtem geistlichen Gewicht, zwingt sie doch den Weltrat, öffentlich darüber zu befinden, ob er ein statisches oder dynamisches Selbstverständnis hat. Wenn sich der Weltrat als Diener einer Bewegung betrachtet, welche die Kirche von der Uneinigkeit zur Einheit treibt und so teil hat an der Geschichtsbewegung, die von dem ersten Kommen Christi zu seiner Wiederkunft führt, dann ergibt sich ganz von selbst die Frage: Sind wir nicht jetzt gezwungen, einen Schritt weiter vorwärts zu tun? Dieser Schritt vorwärts beinhaltet nicht, daß die traditionelle Auffassung von Faith and Order als eines Studienprozesses, als eine ökumenische Diskussion, die keine kirchlichen Konsequenzen beinhaltet, nunmehr verworfen werden müsse. Dieser neue Schritt lädt vielmehr den Rat ein zu fragen: Haben diese Studien, hat diese Diskussion nunmehr einen Punkt erreicht, an dem erste Ergebnisse fest-